

Bundesheimatpolitik

„Unsre Heimat ...“ – das ist nicht nur unsere Stadtentwicklungspolitik...

Nun also Heimat. In diesen Wochen des Septembers 2018 – ein Jahr nach der Bundestagswahl – traut man sich kaum, sich fachliche Gedanken über dieses Bundesministerium zu machen. Mit diesem eher feuilletonistischen Artikel soll dennoch ein fachlicher Diskurs angezettelt werden.

Doch zuerst das, was bekannt ist. Ausgerechnet die Septemberwochen 2018 werfen die kräftigsten Schlaglichter auf das Ministerium: Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse, Wohnungsgipfel und Bundeskongress

pen) und die Benutzbarkeit der Stadt intensivieren, denn die Rekonstruktion folgt nun mal Leitbildern einer fußgängergerichten, nicht autogerechten Stadt, einer Nutzbarkeit der öffentlichen Räume (ob mit oder ohne Videoüberwachung) und dem vielbesungenen „menschlichen Maß“ im Städtebau. Es ist schwer, etwas dagegen zu sagen. Unter dem Strich blieb der Bundeskongress aber die Antwort schuldig, was nun das „Neu-Heimatliche“ der nationalen Stadtentwicklungspolitik sein soll. Mit Blick auf vorherige Regie-



(Foto: © TimToppik / photocase.com [Bildausschnitt])

Nationale Stadtentwicklungspolitik waren bedingt wahrnehmbare, aber doch relevante Ereignisse neben den Personaldebatten um dieses Ministerium.

Fangen wir mit dem Bundeskongress in der Frankfurter Paulskirche an. Dieser bot zwei interessante Heimaspekte für die eigene Zunft der Stadt-, Regional- und Landesplanung: Zum einen als Ort der Demokratie, zum anderen als Ort der Stadtrekonstruktion. Stadtentwicklung in der parlamentarischen Demokratie benötigt eine gesunde Balance von ermöglichender Partizipation und gemeinwohlorientierter Abwägung, die in der Exekutive stattfinden und von der Legislative legitimiert wird. Stadtrekonstruktion – egal ob man es als Verschwindenlassen der Moderne oder als Wiederherstellung des Alten wahrnimmt – soll Heimatgefühle wecken (im Zweifel bei chinesischen Touristengrup-

rungswechsel seit der Leipzig-Charta ist das wahrscheinlich auch ganz gut so. Denn die Vielfalt der Städtebauförderprogramme und deren doch recht auskömmliche Ausstattung ermöglichen dann eben den Akteuren wie vordem, das Beste aus ihrer jeweiligen Heimat vor Ort zu machen.

Dann gab es den Wohnungsgipfel, der den meisten vielleicht bildlich am besten dadurch in Erinnerung bleibt, dass er die Gelegenheit bot, beide Unionsparteivorsitzende mit dem kurzzeitig pressewirksamen SPD-Baustaatssekretär auf einem Foto zu bestaunen. Ansonsten könnte man dieses Ereignis recht schnell übergehen, wenn – ja, wenn die Wohnungsfrage nicht zurzeit die wichtigste Angelegenheit (unserer eigenen Zunft) wäre. Und wenn es nicht zumindest aus westdeutscher Perspektive darum gehen würde, nach dem Aufgeben einer früheren „Neuen Heimat“ wie-

der zu einer Wohnungspolitik zu kommen, die man kurz vor dem Mauerfall schnöde aufgegeben hat. Ein ostdeutsches Gemüt mag sich bei den ganzen Debatten um serielles und kosteneffizientes Bauen seine ganz eigenen Gedanken machen. Zumindest in meinen Kinderbüchern waren auch die schön gestalteten Neubausiedlungen Heimat.

Ob Wohnen Heimat ist, ob Heimat ohne Wohnen denkbar ist – diese Fragestellung erscheint irrelevant hinter den heftigen politischen Auseinandersetzungen um die Wohnungsfrage. Planerinnen und Planer finden sich auf allen Seiten der Debatte: dort, wo der Neubau als Lösung gefordert wird; dort wo das Baukindergeld kritisiert wird; dort, wo die fehlende Wirksamkeit der Mieterschutzinstrumente angeklagt wird; dort, wo man mit § 13b und anderen Instrumenten versucht, mit Einfamilienhäusern in schrumpfenden Gemeinden die Wohnungsnot zu bekämpfen. Vielleicht ist es gar müßig, den Heimatpolitik- und den Wohnungspolitikdiskurs zu verbinden, solange der außer Kontrolle geratene Immobilien- und Bodenmarkt nicht gebändigt ist.

Das dritte Ereignis im September sollte nun tatsächlich Heimatpolitik sein. Die Installation der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse schien das erste große Ding des neuen Heimatressorts zu sein. In der Kommission sitzen alle: alle Bundesminister, alle Ministerpräsidenten, alle bekannten Gesichter aus den kommunalen Verbänden. So weit so gut. Der Minister hierzu: „Die Kommission wird nach Wegen suchen, sowohl die strukturellen Lebensbedingungen als auch das tatsächliche Wohlbefinden der Menschen vor Ort zu verbessern.“ Und weiter: „Es heißt aber auch, die Lebensqualität in den Städten und Metropolregionen zu erhöhen. Dies kann nur gelingen, wenn wir das Land neu vermessen und einen tragfähigen Maß-

stab für den Begriff der ‚gleichwertigen Lebensverhältnisse‘ definieren“ (www.csu.de/aktuell/meldungen/september-2018/seehofer-politik-mit-heimatliebe). Das ist zumindest ein Diskurs, an dem sich Planerinnen und Planer schon Jahrzehnte abgearbeitet haben.

Doch es war nie ein Diskurs über Heimat, sondern eher ein Diskurs, der entweder unter den Vorzeichen stand herauszufinden, was sich der Staat in all seiner Polyzentralität noch leisten kann/darf/sollte – und ob es „Restflächen“ geben darf, in denen man besser als „Raumpionier“ lebt und auf gewisse Annehmlichkeiten flächendeckender infrastruktureller Versorgung verzichtet. Das ist natürlich überspitzt formuliert, aber meines Erachtens bisher fern von den „lieblichen Landschaften“ (Jonas Weyrosta: Heimat, oh Heimat; taz vom 27.09.2018), mit denen die taz als Bildunterschrift die Einsetzung dieser Kommission kommentierte. Was macht es mit ländlichen Räumen, wenn ein „volles Heimatklicsee“ (ebd.) auf „Raumpioniere“ trifft – und soll dies jetzt im Rahmen einer Bundesheimatpolitik öfter passieren?

Fragen bleiben offen – und das lädt zum Diskurs ein. Dafür ist diese Zeitschrift sehr gut geeignet – wenn dieser Artikel dazu beitragen kann, erfreut dies den Autor. Geschlossen werden soll daher mit dem berühmten DDR-Kinderlied „Unsre Heimat, das sind nicht nur die Städte und Dörfer“, mit dessen letzten Zeilen: „Und wir lieben die Heimat, die schöne I und wir schützen sie, I weil sie dem Volke gehört, I weil sie unserem Volke gehört.“ Verbinden wir doch den Diskurs um Heimat mit jenem um Gemeinwohlorientierung. Dazu haben wir Planerinnen und Planer sicherlich etwas zu sagen.

Aavid Krüger, Dipl.-Ing., Sprecher des SRL-AK Soziale Stadt



Ausgabe 6 | 2018

ALT UND JUNG

Wo begegnen sich Alt und Jung, was kann die eine Generation von der anderen lernen?
Fazit des aktuellen AKP-Schwerpunktes: Vor allem braucht das Aufeinandertreffen der Generationen lebendige Dörfer und Viertel, Begegnungs-Orte und Spiel-Räume.

Weitere Themen:

- Zwanzig Jahre Fahrgastbeirat Frankfurt am Main
- Verkehrsberuhigung: Superblocks in Barcelona
- Kommunale Wärmeplanung – Langfristige Strategien
- Hochschulen: Jungbrunnen für die Kommunen
- Dörfer & Dorfbewegung: von Brandenburg bis Skandinavien

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand
 Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
 Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

Anzeige